

# Protokolleintrag vom 06.01.2016

2016/5

Erklärung der GLP-Fraktion vom 06.01.2016:

## Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Kongresshaus-Stiftung und Objektkredit zum Umbau des Kongresshauses und der Tonhalle

Namens der GLP-Fraktion verliest Martin Luchsinger (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Den gordischen Knoten zerschlagen – ohne Luxusintermezzo und vergoldete Noten.

Die Zukunft des Kongresshauses, so hat sich in der Kommissionsberatung gezeigt, lässt sich nicht ohne Vergangenheitsbewältigung politisch bewerten und behandeln.

Das Trocadero inklusive Landschenkung, der Neubau des Kongresshaus-Tonhalle-Gebäudes von Häfeli-Moser-Steiger 1939, die massiven Kostenüberschreitungen beim Umbau in den 1980er Jahren, das gescheiterte Moneoprojekt 2008 und der Abbruch der vergeblichen Suche nach alternativen Standorten sind alles einzelne gescheiterte finanz- und kulturpolitische Visionen vergangener PolitikerInnen-Generationen, die sich zu einem veritablen "gordischen Knoten" entwickelt haben. Diesen gilt es heute mit der Organisationsweisung und der Finanzierungsweisung, zu durchschlagen.

Die grünliberale Fraktion ist bereit ihren Beitrag dazu zu leisten, diesen durch ein unkoordiniertes Zusammenspiel von blau-roter Klientelpolitik verursachten Knoten zu lösen. Sie unterstützt daher sowohl die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Stiftung als auch die dazu notwendige Entschuldung sowie die Instandsetzung und den Umbau der Gebäudekombination Kongresshaus- und Tonhalle.

Dies basiert auf einer pragmatischen und finanzpolitisch tragbaren Kongressstrategie der Grünliberalen. Nach Ablehnung des Moneoprojektes haben wir uns konsequent gegen ein durch Steuergelder finanziertes Kongresszentrum an einem alternativen Standort ausgesprochen. Nie war dies aber ein „Nein“ zum Weiterbestehen des Kongresshauses am bestehenden Ort und schon gar nicht ein Nein zum Kongressstandort Zürich. So hat sich die grünliberale Fraktion 2013 klar positiv zum Projektkredit gestellt und den Umbau wie auch die Instandsetzung als attraktive Vernunftslösung für die Kongresszukunft begrüsst. Als Urheberin des Kommissionspostulates hat sich die glp zudem in Zusammenarbeit mit allen Parteien aktiv für eine Neuregelung der Organisations- und Betriebsstruktur eingesetzt. Entsprechend wird die glp beiden Weisungen zustimmen – wenn auch mit einem weinenden Auge, falls die grünliberalen Dispoanträge im Rat angesichts einer Klientel-Elite-Kultur-Koalition von FDP, SP und Grünen keine Unterstützung finden werden.

Die grünliberalen Dispoanträge bieten dem Gemeinderat nämlich die Möglichkeit, nur die tatsächlich für eine nachhaltige Lösung notwendigen Investitionen und Betriebsbeiträge einzusetzen. Wir halten die über 9 Mio. städtischen Steuergelder für ein teures Luxusintermezzo der bereits hochgradig subventionierten Tonhalle in der nur für diesen Zweck gebauten, akustisch hochwertigen Holzbox in der nicht minder hochpreisigen Maag Event Hall für nicht notwendig. Hier hätten innovativere und günstigere Lösungen gefunden werden können (Tonhalle Club Tour / Tonhalle on Tour / Theater 11).

Die weiteren glp Anträge bieten zudem die Chance, die in der Budgetdebatte häufig angesprochene finanzpolitische Vorsicht auch unter dem Jahr walten zu lassen. So kann nach grünliberaler Bewertung auf die vertragliche Erhöhung des Subventionsbetrages um jährlich 2.5 Mio für die Mietkosten angesichts des noch höheren Potentials zur privaten Finanzierung der Tonhalle und angesichts der städtischen Finanzlage gut verzichtet werden. Dies alles ist sogar möglich, ohne die Finanzierung der neuen Kongresshausstiftung zu gefährden.

Wir Grünliberalen bleiben trotz voraussichtlichem Scheitern unser Anträge zur Tonhalle am Thema dran. So wird die am 25. November 2015 eingereichte grünliberale Motion zur Kündigung der unbefristeten Subventionsverträge mit den grossen städtischen Kulturinstitutionen (Kunsthhaus, Schauspielhaus, Tonhalle) dem Parlament die Möglichkeit eröffnen, die vertraglich fixierten Unterstützungsbeiträge gesamthaft zu diskutieren und entsprechend neu zu beurteilen. Ohne Bindung an Bau- und Instandsetzungskredite, wie an der heutigen Sitzung.